

Süddeutsche Zeitung, 13.03.2012

Das neue Europa entsteht im Geist des Neoliberalismus

Andreas Wirsching schreibt eine Pionierstudie über die Geschichte der jüngsten Vergangenheit

Von Ulrich Herbert

Andreas Wirsching, der neue Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, hat ein Buch über die „Geschichte Europas in unserer Zeit“ geschrieben. Das ist ein mutiges Unterfangen –erstens wegen Europa, zweitens wegen „unserer Zeit“. Gemeint ist die Gegenwart von 1990 bis heute – wirklich bis heute, die letzte Anmerkung ist ein Zitat Wolfgang Schäubles vom 3. Oktober 2011.

Ein solches Vorhaben ist für einen Historiker gewagt, weil er auf die gewohnte zeitliche Distanz sowie auf die dreißig Jahre lang verschlossenen Archivquellen verzichten muss, die über all das nähere Auskunft geben, das den Zeitgenossen nicht bekannt war. Wirsching behilft sich mit einer sorgfältigen und umfassenden Auswertung der enormen Materialmengen, die von Regierungen, Kommissionen und Statistischen Ämtern ins Netz gestellt worden sind, sowie mit der Presse und den zeitgenössischen Analysen der Soziologen und Volkswirtschaftler. Manche werden trotzdem sagen, es sei noch zu früh, eine Geschichte kaum vergangener Ereignisse zu schreiben. Allerdings, das Jahr 1990 liegt jetzt 22 Jahre zurück. Im Jahre 1967, 22 Jahre nach Kriegsende, war es selbstverständlich, über den Zweiten Weltkrieg zu schreiben, und auch die ersten Bücher von Historikern über die Adenauerzeit waren schon erschienen.

Das andere Problem: Europa. Das bedeutet, die äußerst widersprüchlichen, in Form und Gehalt so unterschiedlichen Entwicklungen in rund 45 Staaten auf ein paar Netze zu bringen. Denn Wirschings Gegenstand ist ganz Europa, nicht nur der Westen wie sonst meistens; auch die Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten werden kundig untersucht. Aber das Buch handelt nicht von den Nationalstaaten, sondern von Europa als Ganzem. Die nationalstaatlichen Entwicklungen werden eher als Belege angeführt. Hierin liegt ebenso ein Vorzug wie ein Problem. Ein Vorzug insofern, als der Autor nach übergreifenden Entwicklungen sucht, nach transnationalen Trends und Tendenzen. Ein Problem insofern, als der Autor auf diese Weise Gemeinsamkeiten und Konvergenzen in den Vordergrund stellt. Gegenläufige Prozesse werden dabei eher vernachlässigt, aber das ist der Preis jeder Darstellung über „europäische Geschichte“, die mehr meint als Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Insgesamt ist diese Gratwanderung hier bravourös gemeistert.

Das Buch ist nicht chronologisch durchgezählt. Es konzentriert sich auf fünf Kernbereiche: die Revolutionen in Osteuropa 1989/1990 und die schwierigen Wege zu Kapitalismus und Demokratie; das politische Projekt des Vereinten Europa; die wirtschaftliche Entwicklung zwischen Globalisierung und „Osterweiterung“; europäische Identität und Kultur, und schließlich: die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise.

Es beginnt mit der Frage, wie es gelingen konnte, dass der Zusammenbruch des kommunistischen Europa nicht in einem vollständigen Chaos endete – jedenfalls auf lange Sicht. Denn in den ersten zehn, fünfzehn Jahren war die individuelle Kosten-Nutzen-Rechnung der Bewohner Polens, Bulgariens oder Ungarns durchaus gemischt: Die politische Freiheit war verbunden mit sozialem Abstieg, Massenarbeitslosigkeit und vielfach auch bitterer Armut.

Wirsching zeigt, dass die Länder, in denen die Umstellung auf den westlichen Kapitalismus in einer schnellen „Schocktherapie“ vollzogen wurde, nach fünfzehn Jahren insgesamt besser dastanden als die, in denen die alten Strukturen noch lange weiterbestanden. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Kriterien, die die Europäische Union für die Aufnahme neuer Länder in die Gemeinschaft festgelegt hatte: Demokratie, Achtung der Menschenrechte, wirtschaftliche Freiheit und solide Haushaltspolitik, soziale Absicherung, Schutz der Minderheiten.

Diese Kriterien zu erreichen und in die EU aufgenommen zu werden, war das vorrangige Ziel aller Regierungen – und wurde auch von ihren Wählern akzeptiert. Aber dennoch waren alle unzufrieden,

wie es Adam Michnik im Jahre 2005 für Polen beschrieb: „Obwohl also alle die Rechte erhalten haben, für die die Menschen des August '80 kämpften, ist niemand zufrieden mit dem freien Polen. Mehr noch: Auch in Polen herrschten während der zurückliegenden 15 Jahre Korruption und Klientelismus, demagogische Versprechungen und Verratsvorwürfe. Und doch waren es die besten 15 Jahre in den letzten drei Jahrhunderten der polnischen Geschichte.“

Wie es auch hätte ausgehen können, untersucht Wirsching in einem meisterhaften Kapitel über Jugoslawien. Die Rück-Transformation eines Vielvölkerstaates in ethnisch definierte Nationalstaaten wurde nach dem Zusammenbruch des Kommunismus als System und als politische Idee durch die Wiederbelebung des Nationalismus als Ersatzidentität beschleunigt. Er ging unzweifelhaft von Serbien aus, erfasste aber rasch nahezu alle Regionen und ethnischen Gruppierungen. Wirsching konstatiert hier wie auch später bei dem Kosovo-Krieg von 1999 das Versagen der Europäischen Union als politischer Akteur. Er sieht auch die Position der Bundesregierung kritisch, die mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens vorpreschte, aber betont doch, dass eine Verhinderung der verschiedenen Bürgerkriege in Jugoslawien nur durch frühzeitige, massive militärische Gewalt zu verhindern gewesen wäre. Und wer wäre dazu bereit gewesen?

Wirsching lässt keinen Zweifel daran, dass er das Projekt der europäischen Vereinigung für den wichtigsten Fortschritt der internationalen Politik seit 1945 hält. Gleichwohl ist er weit davon entfernt, die nationalgeschichtlichen Teleologien durch eine europäische Erfolgsgeschichte zu ersetzen. Natürlich besteht dieses Fortschrittsnarrativ schon längst. Aber das Zusammenwachsen Europas, so der Autor, sei eben keinem Masterplan entsprungen, wie es der europäische Mythos suggeriere. Europa diene vielmehr stets als „adäquate Lösungsformel, um konkrete Zwangslagen zu überwinden“. Widersprüche und Inkonsistenzen seien fester Bestandteil der europäischen Geschichte nach 1945 – und nach 1990 ganz besonders. Europa, so sagt er aber auch, war und ist trotz aller Festtagsreden ein Projekt der Eliten, vielleicht konnte es nur deshalb so erfolgreich sein. Aber der Mangel an demokratischer Legitimation hängt dem Projekt seit seinen frühesten Tagen an.

Zu den interessantesten Aspekten dieses Buches gehören die Passagen über Europa und die Globalisierung. Die Europäische Union entpuppt sich hier als einer der wichtigsten Propagandisten des Neoliberalismus. In den neunziger Jahren sahen sich die kontinentalen Industrieländer gegenüber dem angelsächsischen Modell der flexibilisierten Dienstleistungsgesellschaften im Hintertreffen. Die „Lisabon-Strategie“ vom März 2000 setzte darauf, die Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.

Globalisierung, Pluralisierung, Wissensgesellschaft, Flexibilisierung, Benchmarking: solche Begriffe setzten sich nun durch und beherrschten die politischen Zielsetzungen. Die Dokumente der Europäischen Union näherten sich der Sprache von Unternehmensberatungen an – eine Art neuer Modernisierungsideologie, die in der Praxis indes schnell ihre Schattenseiten zeigte. Wirsching schreibt: „Indem sie liberalisierten, deregulierten und privatisierten, förderten die Regierungen nachhaltig die Macht des Marktes und erweiterten den Spielraum der großen Konzerne und Banken. Freilich bahnten sie damit selbst den Weg zu eben jenem staatlichen Souveränitätsverlust, den sie später um so heftiger beklagten.“

Das Resultat war jene flexible Dienstleistungsgesellschaft, in der die alte Arbeiterklasse durch das Prekariat mit ihren „bad jobs“ ersetzt wurde, die nicht zum Überleben reichen und vom Staat deshalb bezuschusst werden müssen. Nicht nur zog die Förderung von Liberalisierung und staatsfreiem Markt eine immer höhere staatliche Regulationsdichte nach sich. 2008 wurden die europäischen Banken auch ausgerechnet von demjenigen gerettet, den die Neoliberalen am meisten verachten: dem Staat.

Die Prozesse, die Wirsching hier beschreibt, sind uns aus der Gegenwart nur zu gut bekannt. Indem er schildert, wie und vom wem sie gemacht wurden, zerstört er die Illusion, sie seien von selbst geworden und also, wie man heute sagt, „alternativlos“. Darin liegt der größte Vorzug dieses bemerkenswerten Buches: Es hilft, die Gegenwart als Produkt von Entscheidungen, nicht von „Entwicklungen“ zu verstehen. Hier werden aber auch die Kosten des Ansatzes erkennbar. Denn das Buch ist notgedrungen von hoher Warte aus geschrieben. Es untersucht lange Linien, durchgreifende Prozesse

und in der Regel anonyme Akteure: die Europäische Union vor allem, Kommissionen, Regierungen. Menschen außerhalb der Bürokorridore kommen selten vor. Auch die Sprache des Autors nähert sich zuweilen seinem Gegenstand an; eine leichte Lektüre ist es nicht.

Aber eine lohnende allemal: Wer die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008, die Schwierigkeiten Griechenlands, die nationalen Ressentiments in Ungarn, die Sonderrolle Großbritanniens in Europa, den Bedeutungszuwachs von Populisten wie Berlusconi oder Wilders, die Ursachen für den polnischen Wirtschaftsboom sowie Glanz und Elend des Neoliberalismus verstehen will, kurz: wer die Gegenwart verstehen will, der greife zu diesem ebenso nüchternen wie klugen Buch.